

Kommunale Kriminalprävention Vernetzte Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit?¹

Einleitung: Die Ursachen liegen tiefer ...

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden zunehmend als Problem in unserer komplexen und unter ökonomischem Druck stehenden Gesellschaft wahrgenommen. Dabei gehen rechts-extreme und fremdenfeindliche Übergriffe nicht auf verwirrte Jugendliche zurück, wie dies oftmals und gerne auch von Politikern unterstellt wird. Fremdenfeindliche Einstellungen kommen vielmehr aus der Mitte der Gesellschaft, wie empirische Studien gezeigt haben.¹ Fremdenfeindlichkeit hat auch nicht unbedingt mit „Überfremdung“ zu tun. Allerdings kann eine massive räumliche oder zeitliche Ballung von als „Fremden“ wahrgenommenen Personen solche fremdenfeindliche Reaktionen auslösen. Allein schon die Sichtbarkeit und Präsenz von Fremden kann dazu führen, dass das Gefühl der Bedrohung durch sie anwächst wobei die regionale Herkunft des oder der Fremden nur bedingt eine Rolle spielt. Entscheidend ist die sichtbare und wahrgenommene ethnische Herkunft. Betrachtet man zudem das Phänomen der „Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde“, das sich als Konsequenz aus starken Verunsicherungen, beispielsweise in der Nach-Wende-Zeit in der DDR, Frustrationen, persönlichen Benachteiligungen oder Statusverlusten ergibt, dann wird deutlich, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit tiefer gehende Ursachen haben, als meist angenommen wird.²

Fremdenfeindlichkeit scheint in strukturschwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit eher verbreitet zu sein. Auch dies deutet auf Ursachen hin, die in gesellschaftlichen Deprivationen begründet sind. Individuelle, persönliche wie strukturelle Ohnmacht kann in Abgrenzungsbedürfnisse münden, mit denen man sich (Definitions-)„Macht“ und damit individuelle Anerkennung verschafft. Diese Ohnmacht kann auch „innerfamiliäre Gleichgültigkeit“ sein:³ ein Mangel an Zuwendung, Anerkennung und emotionaler Nähe. „Geglaubte Konkurrenz“ verstärkt Fremdenfeindlichkeit, ebenso wie „fraternale Deprivation“, also die Vermutung, dass die Eigengruppe gegenüber den Fremden benachteiligt wird.⁴ Auch niedrige formale Bildung ist ein Risikofaktor für die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Ebenso kann Fremdenfeindlichkeit das Ergebnis von Ängsten, Abwehr und Aggression sein, die durch Sprachbarrieren verursacht werden. Sprachliche Kommunikation ist ein entscheidender Faktor für oder gegen die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit.

Berücksichtigt man dies alles, dann wird deutlich, dass vordergründige präventive Maßnahmen nicht wirksam sein können. Vielmehr muss an den Wurzeln dieses Phänomens angesetzt werden, und dies kann nur auf kommunaler beziehungsweise nachbarschaftlicher Ebene erfolgen.

Die Angst vor dem Fremden

Fremdes macht Angst. Diese eher allgemeine psychologische Einsicht hat im Bereich von Kriminalität und Verbrechensfurcht beachtliche Konsequenzen. Fremdes und Fremde verursachen auch hier Ängste, mit denen unterschiedlich umgegangen wird. In bestimmten Bereichen üben diese Ängste eine Faszination aus, in anderen Bereichen haben sie genau die gegenteilige Wirkung.

Bahnhöfe waren in einer Schweizer Studie, in der die Verbrechensfurcht in vier Städten untersucht wurde,⁵ der „Furchtort Nr.1“ in allen Städten. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben „Bahnhöfe“

¹ Für eine kritische Durchsicht und Ergänzungen danke ich Astrid Klukkert.

als Ort an, wo sie sich unsicher oder unwohl fühlen. Als Grund für dieses Gefühl werden überwiegend „bestimmte Personen“ genannt, wobei damit meist Ausländer gemeint sind. Die Faktoren „dunkel/unübersichtlich“ sowie die Vermutung, und nicht die Tatsache, dass sich dort in der Nähe Straftaten ereignen, spielen ebenfalls eine Rolle. Die Menschen fürchten sich also dort, wo es dunkel und schmutzig ist, und „wo es Fremde hat“ – wie die Schweizer sagen.

In vielen empirischen Studien der letzten Jahre haben sich Kriminologen und andere mit der Verbrechensfurcht der Deutschen und deren Ursachen beschäftigt. Wir wissen aufgrund dieser Studien, dass es keinen statistischen Zusammenhang zwischen objektiver Kriminalitätslage und Verbrechensfurcht gibt. Offensichtlich sind es andere Faktoren, die die Verbrechensfurcht beeinflussen. In einer angsterfüllten öffentlichen Kultur ist es schwierig, zu einer objektiven Schlussfolgerung über Gefahren zu gelangen. Es gibt zwar tatsächlich Gangs, Straßenräuber, randalierende Jugendbanden, Mörder und Kinderschänder bei uns – und natürlich auch Fremde, die straffällig werden. Die Wahrnehmung von Gefahr hat aber immer weniger mit ihrem aktuellen Vorhandensein zu tun. Wird diese Angst nicht positiv aufgelöst, entsteht einerseits weiterer Abgrenzungsbedarf, andererseits steigt der Wunsch nach Identifikation mit der eigenen Gruppe bis hin zum übersteigerten Nationalstolz und damit zur Ausgrenzung des oder der Fremden.

Eine regionale Studie zur Verbrechensfurcht zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang gibt zwischen Verbrechensfurcht und bestimmten Problembereichen in der Gemeinde.⁶ An erster Stelle der „Furchtfaktoren“ stehen „Ausländer“ (Partialkorrelation .44), gefolgt von „Betrunkenen“ und „Jugendlichen“ (.39 bzw. .38). Rechtsradikale (.26) hingegen sind erst am Ende der Faktoren zu finden, die Verbrechensfurcht beeinflussen. Daraus lassen sich unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen: Entweder werden rechtsextremistische Straftaten und Rechtsradikale nicht als Problem wahrgenommen, oder aber es gibt sie tatsächlich nicht. In jedem Fall wirken sie sich kaum auf die Verbrechensfurcht der Menschen aus – ganz im Gegensatz zu Ausländern, die besonders dann, wenn es sich um Jugendliche handelt, solche Ängste auslösen.

Nur bei einem kleinen Teil derjenigen, die eine rechtsextremistisch oder fremdenfeindlich motivierte Tat begehen, ist eine verfestigte Haltung und Orientierung an rechtsorientierten oder neonazistischen Organisationen festzustellen. Diffuse Anschauungen sind hingegen weit verbreitet. „Sie reduzieren ihre eigenen Sorgen und Ängste, ihre Frustration und Wut über die eigene missliche Situation, auf für sie deutlich erfassbare Momente, wie beispielsweise Hass auf „Scheinasylanten“.⁷ Gleichzeitig wird die Gleichgültigkeit gegenüber rechtsextremer Gewalt und Propaganda, aber auch gegenüber dem „alltäglichen Rassismus“ am Arbeitsplatz und in der Freizeit nicht nur von den Tätern als Billigung oder gar als Unterstützung entsprechender Einstellungen und Taten gewertet. Die betroffenen und gefährdeten Jugendlichen registrieren sehr genau die Tatsache, dass nach den fast schon zur Zeremonie gewordenen, öffentlich zur Schau getragenen Empörungen über spektakuläre Gewalttaten schnell zur „Normalität“ übergegangen wird und Konsequenzen ausbleiben. Dies ist ein verheerendes Signal für unsichere oder verunsicherte Jugendliche. Solche „doppelbödigen Signale“ verstärken die Unsicherheit der Jugendlichen und lassen diese noch stärker nach „klaren“ Aussagen suchen, die sie im Zweifel im rechtsextremen oder rechtsradikalen Spektrum und Gedankengut finden. Darüber hinaus führen bestimmte, in der Öffentlichkeit ge- und verhandelte Slogans zu einem Klima, das fremdenfeindliche oder rassistische Entwicklungen begünstigt. Solche, von den Medien aufgegriffene Schlagworte liefern Stichworte für Jugendliche, die sich zum Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens berufen fühlen. Sie haben das Gefühl, sich für die Gesellschaft nützlich machen und gleichzeitig die Aufmerksamkeit erregen zu können, die ihnen sonst nicht zuteil wird.

Strafverfolgung ist wichtig, aber kein Allheilmittel

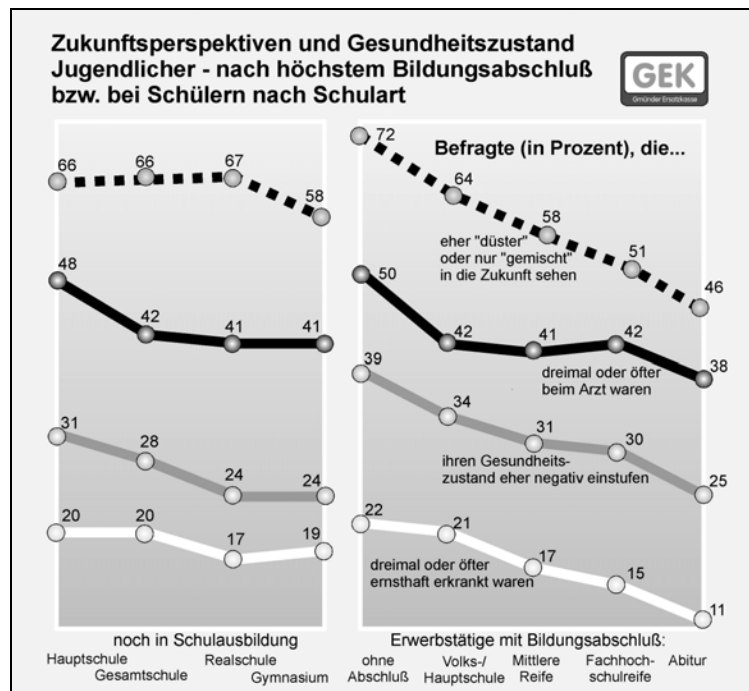
Eine konsequente - das heißt eine schnelle, nicht unbedingt eine harte - Strafverfolgung ist richtig, wird aber dann ad absurdum geführt, wenn sie nicht gleichzeitig von entsprechendem Alltagshandeln aller gesellschaftlicher Gruppen begleitet wird. Das Herausgreifen einzelner Täter ohne die gesellschaftliche Ächtung der Tat macht sie zu Märtyrern und ist individualpsychologisch vor dem Hintergrund des Grundsatzes: „Missbilligung der Tat bei Akzeptanz der Person“ schädlich. Insofern sind auch Maßnahmen wie „Gefährderansprachen“ oder der sog. „Warnschussarrest“ problematisch. Polizeiliche Bekämpfungskonzepte müssen einerseits konsequent intervenierend ausgerichtet sein, andererseits deutliche präventive Schwerpunkte setzen. Das auf Strafverfolgung und Prävention bauende Bekämpfungskonzept der Soko REX des Landeskriminalamtes Sachsen, das seit 1991 sehr erfolgreich eingesetzt wird, kann hier ein Beispiel sein.⁸ Die technische Ausstattung und die Maßnahmen, die im repressiven Bereich von dieser Gruppe ausgehen, sind inzwischen bundesweit und im Ausland anerkannt. Für die Zielgruppe Jugend wird in dem Präventionskonzept der Soko REX aber auch deutlich gemacht, dass keine Kriminalisierung erfolgen darf. Das bedeutet, es muss sich bei den Jugendlichen, die noch nicht in den rechtsextremistischen Bereich gelangt sind, um akzeptierende und stützende Maßnahmen und nicht um stigmatisierende oder mit Strafverfolgung drohende Maßnahmen handeln.

Fremdenfeindlichkeit, Angst und Verunsicherung

Das Erleben von Belastungen ist ganz deutlich vom Erleben allgemeiner sozialer Verunsicherung (*Anomie*) beeinflusst. Diejenigen, die eine höhere soziale Verunsicherung und geringere Zukunftsaussicht äußern, fühlen sich deutlich stärker belastet⁹ – und dazu gehören Einwanderergruppen, aber auch eingeborene Randgruppen oder Unterschichtangehörige. Rassismus kommt überall vor, auch bei diesen Gruppen und damit unter „Fremden“ selbst. Diese Fremdenfeindlichkeit unter Fremden wurde bislang zu wenig beachtet. Nicht nur in urdeutschen Waschsalons kann man den „Perwoll-Rassismus“ erleben, den Raman im Jahr 2000 beschreibt. „Der Fremde ist der Teufel“, sagt ein chinesisches Sprichwort. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind insoweit keine rein deutschen Themen. Sie werden aber in Deutschland und von Deutschen besonders gepflegt. Der Rassismus ist hier strukturell verankert. Dem ist auf den Grund zu gehen, wenn man tatsächliche Veränderungen erreichen will.

Betrachtet man die von Jugendlichen wahrgenommenen Zukunftsperspektiven einmal genauer, so fällt ein Zusammenhang zwischen individueller Gesundheit und Bildungsabschluss beziehungsweise ökonomischer Situation auf. Die folgende Abbildung, entnommen einer Studie des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen im Auftrag der Gmünder Ersatzkasse unter mehr als 9.300 Jugendlichen¹⁰ macht dies deutlich. Während nur 46 Prozent der Jugendlichen mit Abitur ihre Zukunft „düster“ oder nur gemischt sehen, sind es bei den Jugendlichen ohne jeglichen Schulabschluss 72 Prozent.

Abbildung: Zukunftsperspektiven und Gesundheitszustand (Quelle: Young is beautiful? Studie der Univ. Bremen mit der Gmünder Ersatzkasse, 1998)



Nach dieser Studie werden Jugendliche mit schlechten Aussichten auf einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsabschluss auch häufiger krank als Gleichaltrige mit besseren Zukunftschancen. Auch gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Schulbildung und Zukunftsperspektiven sowie subjektivem und objektivem Krankheitsempfinden und entsprechendem Verhalten. Zukunftssorgen können nicht nur Elan und Lebenszuversicht rauben, sondern auch krank und aggressiv machen.

Wenn eine Studie der R+V-Versicherung feststellt, dass positiv denkende Menschen sich weniger von Straftaten bedroht fühlen als Menschen mit negativem Weltbild (*R+V 2002*), dann kann man daraus schließen, dass es auch einen Zusammenhang zwischen positiver Grundeinstellung und Fremdenfeindlichkeit gibt. Wer mit sich und seiner Umwelt zufrieden ist, hat wenig Anlass, fremdenfeindlich zu sein; wer hingegen unzufrieden ist und sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlt, entwickelt solche Fremdenfeindlichkeit auch als individuellen psychischen Abwehrmechanismus.

Bedenklich ist auch ein Befund, den wir in einigen der von uns im Rahmen der Begleitforschung zur Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg untersuchten Städte machen konnten: Junge Menschen haben inzwischen teilweise stärkere Verbrechensfurcht als ältere. Hinzu kommt ein weiteres Phänomen: Nach einer im Jahre 2001 in der Schweiz in vier Städten durchgeführten Studie¹¹ hat Opferwerden nur sehr geringen beziehungsweise keinen Einfluss auf Verbrechensfurcht. Dies haben auch diverse bundesdeutsche Studien gezeigt – mit der Ausnahme, dass multiple Viktimisierung und Viktimisierung bei Gewalttaten einen deutlichen Einfluss auf die Verbrechensfurcht hatten.¹²

Bei der Schweizer Studie sind wir auch auf signifikante Unterschiede zwischen Nicht-Opfern und „Opfern vom Hörensagen“ gestoßen. Wer jemanden kennt, der vorgibt Opfer einer Straftat geworden zu sein und dies tatsächlich ist, beurteilt die Sicherheitslage deutlich schlechter, denkt deutlich öfter daran, Opfer zu werden, hat mehr Furcht abends allein in der eigenen Wohnung und deutlich

mehr Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend. Diese Personen fordern zudem eher Polizeistreifen und beurteilen die Polizeiarbeit allgemein deutlich schlechter. Alle Werte sind hoch signifikant.¹³ Dies bedeutet, dass das Reden über Kriminalität negativere Wirkungen haben kann als das unmittelbare, direkte eigene Opferwerden.

Eher zufällig trafen wir auf einen weiteren Widerspruch: In einer der von uns durchgeführten Bevölkerungsbefragungen im Zusammenhang mit den Projekten zur Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg wurden als Gründe für die unterstellte und tatsächliche Zunahme der Kriminalität vornehmlich die (Jugend-) Arbeitslosigkeit, die ökonomische und soziale Entwicklung, ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot vor allem für junge Menschen und anderes mehr genannt. Nur 4 Prozent der Nennungen sahen in "zu wenig Polizei" die Ursachen für eine angenommene oder tatsächlich ungünstige Kriminalitätsentwicklung. Auf der anderen Seite glaubten 28 Prozent der Befragten, dass durch polizeiliche Kontrolltätigkeit die Kriminalität in der Stadt verhindert werden könnte. Damit wird ein massives gesellschaftspolitisches Dilemma deutlich: Von Bürgern werden als Ursachen für die tatsächliche oder vermutete Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Ursachen genannt, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme vor allem der Ausbau der polizeilichen Präsenz verlangt wird. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen verinnerlicht, wonach mehr Polizei und härtere Strafen Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse der Situation in ganz andere Richtungen weist und damit kriminologisch betrachtet auch richtig liegt. Wir rufen nach Polizei und Justiz, obwohl wir genau wissen, dass dadurch die Probleme nicht beseitigt werden. Man kann dieses Ergebnis sicherlich auch auf das Problem der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus übertragen. Auch hier dürfte die Mehrheit der Bürger die Ursachen in eher strukturellen Problemen der Gesellschaft sehen; wenn es um die Verhinderung geht, ruft man aber nach Polizei und Justiz.

Lösung: Stärkung der Zivilgesellschaft auch und gerade auf kommunaler Ebene

Insgesamt brauchen wir eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Die Menschen müssen ermutigt werden, sich couragiert einzumischen und, soweit möglich, Konflikte eigenverantwortlich zu lösen. Dazu müssen sie aber auch die Sicherheit haben, nicht alleine zu stehen, sondern die allgemeine Unterstützung aus der Gesellschaft auch in konkreten Situationen zu haben.

*„Die Gesellschaft ist insgesamt aufgerufen, nicht wegzusehen, ausländerfeindliche und rechtsextremistische Parolen nicht hinzunehmen, sondern deutlich zu machen, wofür Demokraten stehen: für eine Gesellschaft, in der auch Minderheiten, Fremde und Schwache angstfrei und sicher leben können“.*¹⁴

Dieses Zitat von Frieder Birzele, laut Landtagsprotokoll mit Beifall von allen demokratischen Fraktionen des Landtags bedacht, bringt diesen Aspekt auf den Punkt.

Vernetzte Prävention auf kommunaler Ebene: Die Lösung?

Kommunale Sicherheitsräte bzw. Räte zur kommunalen Kriminalprävention sind nicht neu. Sie arbeiten schon seit einiger Zeit im Ausland mit beträchtlichem Erfolg.¹⁵ Auslöser für die Gründung solcher Räte war die über einen langen Zeitraum gewonnene Erkenntnis, dass Kriminalität viele Ursachen hat, die im direkten sozialen Umfeld zu suchen sind und Polizei und Justiz nicht in der Lage sind, sie zu bekämpfen oder gar zu beseitigen. Kriminalität ist ebenso wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowohl strukturelles, als auch durch subjektive Wahrnehmungen geprägtes Problem, das auf

lokaler Ebene seinen Ausdruck findet. Demzufolge muss die Ursachenforschung und -beseitigung in der Kommune erfolgen: nämlich dort wo diese Probleme entstehen, begünstigt oder gefördert werden - vor Ort in den Städten und Gemeinden. Die Bündelung aller Kräfte aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Polizei gemeinsam mit dem Bürger ist erforderlich, um lokale Probleme aufzunehmen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Anfang der neunziger Jahre hatte der damalige baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele mehrere Pilotprojekte zur "Kommunalen Kriminalprävention" ins Leben gerufen. Lokale Probleme sollten so aufgegriffen, Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und über Projektgruppen die notwendigen Schritte zur Umsetzung eingeleitet werden. Diese Projekte wurden wissenschaftlich begleitet und evaluiert.¹⁶

Im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention und mit einer bürgernahen Polizeiarbeit kann intensiver mit den Bürgern zusammengearbeitet werden. Dabei darf Kriminalitätsbekämpfung nicht mehr als wichtigste oder gar einzige polizeiliche Aufgabe gesehen werden. Kriminalität muss ebenso wie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Zusammenhang mit anderen sozialen Problemen eines Gemeinwesens gesehen werden und entsprechend ist damit umzugehen. Die Ergebnisse einiger Projekte haben gezeigt, dass diese Strategie bessere Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei herstellen kann, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Polizeiarbeit verstärkt, Kriminalitätsangst senkt und auch die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten erhöhen kann. Die kommunale Kriminalprävention ist Ausgangspunkt einer praktischen und wissenschaftlichen Präventionsstrategie im kommunalen Bereich, die versucht, individuelle und gesellschaftliche Bedingungen abweichenden Verhaltens festzustellen, um praktikable Methoden der Verhütung zu entwickeln, zu realisieren und zu bewerten.¹⁷

Ein allgemein gültiges Konzept oder Rezept für solche kommunalen Präventionsmaßnahmen kann es nicht geben, da jede Kommune ihre eigenen Probleme hat, die sich zwar mit denen anderer Kommunen vergleichen, aber nicht gleichermaßen lösen lassen. Auf lokaler Ebene muss die Bereitschaft zur Zusammenarbeit geweckt werden. Die Arbeit der Polizei kann durch privates Engagement unterstützt werden. Dies setzt gegenseitiges Verständnis, gegenseitige Achtung, Anerkennung und auch Überzeugung voraus. Darüber hinaus muss Akzeptanz und Einbindung von Problemgruppen und Minderheiten in den Problemlösungsprozess gegeben sein, wobei die Kommunikation das zentrale Moment darstellt, für das es Umsetzungsmöglichkeiten zu schaffen gilt. Um eine gezielte Prävention durchführen zu können, muss in der Kommune eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation und der Probleme vor Ort gemacht werden. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wo tritt rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt auf, gegen wen konkret richtet sie sich, welche Beziehung besteht zwischen Täter und Opfer, welche Gründe führen zur erhöhten Gewaltbereitschaft?

Möglichkeiten für solche kommunale Prävention gibt es viele. Es können öffentlichkeitswirksame Aktionen für die breite Bevölkerung veranstaltet werden, die das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zum Gegenstand haben und in denen Erwachsene und Jugendliche über die unterschiedlichen Formen informiert und sensibilisiert werden. Auch die Schule als ein Ort sozialen Lernens bietet sich für präventive Maßnahmen an. Zudem kann Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe bereits in Kindergärten, Tagesstätten oder bei Jugendgruppen ansetzen. Jugendliche unterschiedlicher Jugendkulturen, deutsche und nicht-deutsche können in Programmen zusammenarbeiten und dadurch die bei Anderen vorhandenen Vorurteile und Feindbilder, aber auch potentielle Gewalt verstehen lernen.

Im Bereich des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit müssen auffällige Gruppen oder gefährdete Personen in das Programm einbezogen werden.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die ihre Ursa-

chen im gesellschaftlichen Miteinander, aber auch im gesellschaftlichen Ausschluss haben. Entsprechend kann die Prävention hier nicht primär Aufgabe der Polizei sein, sondern hier müssen alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Jeder Bürger einer Kommune hat ein Anrecht auf angemessene öffentliche Sicherheit – auch und gerade „Fremde“ und „Nicht-Deutsche“.

Literatur

- Ammer, A. (1994), Kommunale Kriminalprävention. Wege und Ziele In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention - Modelle und Erfahrungen. TEXTE Nr.3, Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen
- Dölling, D., Th. Feltes, W. Heinz, H. Kury (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention - Analysen und Perspektiven - Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg. Holzkirchen 2003
- Dreher, G., Th. Feltes (1996), Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis - Das Modell Baden-Württemberg. In: Vereint gegen Kriminalität - Wege der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland, hrsg. von E. Kube, H. Schneider, J. Stock, Lübeck, S.137-163
- Feltes, Th. (Hrsg.) (1995), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Holzkirchen
- Feltes, Th. (2001): Incivilities, Victimization, Fear of Crime and Police Ratings in Small Swiss and German Cities– Results from Surveys in Four Swiss and Five South German Cities. Powerpoint-Präsentation, ESC-Konferenz, Lausanne, 6.-8. September 2001 (unter www.thomasfeltes.de verfügbar)
- Feltes, Th., Polizeilich registrierte Kriminalität - Beeinflussbarkeit durch Kommunale Kriminalprävention. In: Dölling u.a. 2003, S.
- Feltes, Th., H. Gramckow, Bürgernahe Polizei und kommunale Kriminalprävention: Reizworte oder demokratische Notwendigkeiten? In: Neue Kriminalpolitik 8/1994, S. 16-21
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention (1996), Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg. In: Th. Trenczek, H. Pfeiffer (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten, Bonn 1996, S. 118-140
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention (1998), Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 2, S.67-82
- Heitmeyer, W., J. Müller: Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen. Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen. Bonn 1995
- Hermann, D., Ch. Laue (2003), Kommunale Kriminalprävention. In: Der Bürger im Staat (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) Heft 1, 2003, S.70-76 (auch im Internet unter http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/1_03/sicher_krimi.htm)
- Kury, Helmut, Oberfell-Fuchs, Joachim (2003): Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen. In: Sicherheit und Kriminalität. Der Bürger im Staat 53, 1, 2003, S. 9-18 (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg); auch unter http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/1_03/sicher_krimi.htm

Marstedt, Gerd; Müller, Rainer; Hebel, Dieter und Müller, Hardy (2000), Young is beautiful? Zukunftsperspektiven, Belastungen und Gesundheit im Jugendalter, Bremen, Schwäbisch Gmünd

R+V-Infocenter für Sicherheit und Vorsorge (2002), Umfrage 2002 (www.ruv.de, Rubrik „Presse“)

Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-15jährigen. München 2000

Pählich, Peter: Die Soko REX, in: Der Kriminalist, 12/2000, S. 510

Raman, Ashwin: Der Perwoll-Rassismus. Die Tageszeitung (TAZ), 12.12.2000, S. 11

Würtz, Stefanie: Wie fremdenfeindlich sind Schüler? Eine qualitative Studie über Jugendliche und ihre Erfahrungen mit dem Fremden. München 2000

¹ Möller 2000, S.13 f

² Würtz 2000, S.248

³ Heitmeyer/Müller 1995, S. 174

⁴ Würtz, aaO., S.246

⁵ Feltes 2001,

⁶ Hermann/Laue 2003

⁷ Pählich 2000, S. 510

⁸ Pählich 2000

⁹ Kury/Obergfell-Fuchs 2003

¹⁰ Marstedt u.a. 2000

¹¹ Feltes 2001

¹² Kury/ Obergfell-Fuchs 2003

¹³ Feltes 2001

¹⁴ Landtag von Baden-Württemberg, Plenarprotokoll 12/95 vom 5.10.2000, S. 7376

¹⁵ Feltes/Gramckow 1994

¹⁶ Dölling u.a. 2003; Feltes 2003; Dreher/Feltes 1996; Feltes 1995; Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1996 und 1998

¹⁷ Ammer 1994